

Grundeinkommen – gastliches Umfeld für ein (Arbeits-)Leben jenseits des Produktivismus

Abstract

In diesem Artikel wird dargestellt, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) den Prozess des Wandels von der Haben- zur Seins-Orientierung fördert. Durch mehr Sicherheit und mehr Gleichheit konstituiert es ein gastliches Umfeld für geringere, aber authentischere Erwerbstätigkeit. Dies kann insbesondere durch eine »grüne« Finanzierung über Ökoabgaben erreicht werden, die zeitaufwändige, qualitativ hochwertige und sorgend-liebevolle Arbeit auch in der Sphäre des Erwerbs konkurrenzfähig macht. Ein Grundeinkommen als Stütze einer Postwachstumsökonomie jenseits der gegenwärtig weiter dominanten Orientierungen des Produktivismus und Konsumismus ist heute noch Utopie, aber eine reale politische Möglichkeit, da es die Moderne-Idee der Selbstbestimmung aufgreift und erweitert. Eine solch wesentliche Reform für die »große« sozial-ökologische Transformation wird nur schrittweise in die Gesellschaft gebracht werden können, auch wenn es zu ihrer Durchsetzung politischer Zuspitzungen bedarf.

1 Grundeinkommen reduziert »Haben-Müssen«

Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ist ein monatlicher Geldbetrag, welcher ohne Zwang zu einer Gegenleistung und ohne Bedürftigkeitsprüfung als individueller Rechtsanspruch an jede(n) Bürger(in) ausgezahlt wird. Diese Reformidee für den Sozialstaat wird bisher hauptsächlich als Armutsverhinderung, Umverteilung nach unten, Entbürokratisierung, Kreativitätsförderung sowie als Teilhabegarantie¹ propagiert. Diese Qualitäten sind zweifelsohne wichtige Argumente. Es fehlt jedoch in der bisherigen Debatte weitgehend die ökologische Frage und eine Erörterung der Wirkung eines BGE auf Wachstum und Beschleunigung. Dabei hat ein BGE hier einiges zu bieten. Es wird, wie ich im Folgenden zeigen werde, einen Prozess in Gang setzen, bei dem das gesellschaftlich nach wie vor dominante Para-

¹ Die Co-Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping etwa nennt das Grundeinkommen eine »Demokratiepauschale«.

digma des Produktivismus zurückgedrängt wird. Produktivismus meint in diesem Zusammenhang Produzieren als Selbstzweck: Die Herstellung von möglichst vielen Produkten wird per se als positiv angesehen und Wirtschaftswachstum dementsprechend begrüßt, erhofft und gefördert. Es muss auch dann von Produktivismus gesprochen werden, wenn diese Produkte öko-effizient hergestellt werden (grüner Produktivismus) oder auf die Steigerung von Dienstleistungen anstelle von Waren gesetzt wird (Dienstleistungs-Produktivismus).

Wie viele längst als ökologisch schädlich, sozial zweifelhaft oder die individuelle Entfaltung behindernd erkannte Produktionen oder Dienstleistungen werden heute allerdings nolens volens akzeptiert, wenn nicht sogar gefördert, weil daran in der kapitaldominierten Ökonomie elementar die ökonomische persönliche Existenz gekoppelt ist? Mit einem BGE im Rücken kann jede(r) zu solchen zweifelhaften Arbeitsangeboten eher »Nein« sagen. Ökonomische Aktivitäten, die heute ausschließlich zu existenzsichernden Erwerbszwecken vorgenommen werden, stellen sich dann aufgrund der höheren ökonomischen Basis-Sicherheit durch Grundeinkommen als unattraktiver dar. Die Menschen werden tendenziell nur noch an denjenigen ökonomischen Tätigkeiten teilnehmen (wollen), die aus ihrer Sicht Sinn machen – in selbstverwirklichender, sozialer und ökologischer Hinsicht. Sie werden weniger², aber authentischer. Was auch immer übrig bleibt an Erwerbsaktivitäten, sie werden eher dem Denken und Fühlen der Menschen entsprechen.

Ein BGE bewirkt nicht nur mehr Basissicherheit, sondern auch weniger Ungleichheit. Es ist mit Umverteilung nach unten verbunden – unabhängig von der Art seiner Finanzierung. Ob durch Steuern auf natürliche Ressourcen, Einkommen, Gewinn oder Erbschaften: Wohlhabende zahlen mehr als sie herausbekommen. Die Hierarchieleiter wird aber nicht nur in ökonomischer Hinsicht flacher werden. Durch die universelle Auszahlung des BGE würden sich alle auch sozial gleicher und damit akzeptierter fühlen. Dies wird zu weniger rein statusbedingten Aufholjagden führen. Dieser Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Ungleichheit und ökonomischen Aktivitäten ist nicht nur (linke) Theorie. Ein Vergleich verschiedener Industrieländer zeigt, dass mit Zunahme der Einkommensungleichheit die Zahl der Arbeitsstunden pro Kopf steigt. In den sozial ungleicheren USA ist sie mit ca. 1800 Stunden pro Jahr deutlich höher als etwa in Schweden mit ca. 1500 (Pickett & Wilkinson 2010).

Das ökonomisch notwendige Passstück zum Produktivismus ist der Konsumismus. Die kulturelle Orientierung am »immer Mehr« und »immer Vielfältiger« ist weitgehend ungebrochen. Der Versuch, das begrenzte Leben mit einem Maximum konsumtiver Events zu füllen, die »Verheißung der Beschleunigung« (Rosa), ist zwar in den letzten Jahren in die Kritik geraten. Der Wunsch nach Entschleunigung

² Für die Weniger-Erwerbsarbeit-Wirkung des Grundeinkommens gibt es auch empirische Hinweise: Ein Ergebnis etwa des von 1974 bis 1978 in Kanada durchgeführten Grundeinkommensexperiments »Mincome« war, dass das Arbeitsangebot der Grundeinkommen Beziehenden um ein bis sieben Prozent zurückging (Forget 2011).

taucht nicht nur mit Blick auf die eigene Lebensqualität auf. In der ökologischen Debatte wird seit langem ein ressourcenleichter Lebensstil des Weniger propagiert. Doch offensichtlich kommt dieser seit 20 Jahren von vielen zivilgesellschaftlichen und auch staatlichen Institutionen (etwa: Umweltbundesamt) mit viel medialem Aufwand betriebene Appell jenseits kleiner avantgardistischer Gruppen nicht an.

Ein BGE mit seiner ökonomischen Basissicherheit vergrößert den Raum für das Ausprobieren anderer Lebensstile. Es eröffnet allen, aus der Tretmühle »Erwerbsarbeit-Konsum-Erwerbsarbeit« zunächst auf Probe auszusteigen. Die Fallhöhe beim Scheitern oder Nicht-Gefallen wäre nicht so groß wie heute, wo die Aufgabe eines Jobs den Anfang eines langen sozialen Abstiegs bedeuten kann. Neue Lebensstile des »Weniger«, des »Zeitwohlstands« und des »Gemeinsam« hätten eine Chance, auch jenseits von randständigen Milieus bzw. Avantgarden mit höherem Problembewusstsein, Selbstwirksamkeitserwartungen und Risikoakzeptanzen ausprobiert und geschätzt zu werden. Auch die mit BGE eher mögliche Reduktion von Erwerbsarbeitszeit fördert die Suche nach Lebenslauf-Alternativen. Der Psychoanalytiker Erich Fromm schrieb: »Bisher war der Mensch mit seiner Arbeit zu sehr beschäftigt (oder er war nach der Arbeit zu müde), um sich ernsthaft mit den Problemen abzugeben: ›Was ist der Sinn des Lebens?‹, ›Woran glaube ich?‹, ›Welche Werte vertrete ich?‹, ›Wer bin ich?‹ usw. Wenn er nicht mehr ausschließlich von seiner Arbeit in Anspruch genommen ist, wird es ihm entweder freistehen, sich ernsthaft mit diesen Problemen auseinander zu setzen oder er wird aus unmittelbarer oder kompensierter Langeweile halb verrückt werden.« (Fromm 1999[1966])

Ein sicheres Grundeinkommen schafft zudem die sozialpsychologischen Voraussetzungen für ein Gefühl der Fülle und damit für eine dekonsumistische Einstellung. Fromm: »Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus, [...]« (ebd.). Erst jenseits dieser Ängste des Zurückbleibens bzw. des Abgehängt-Werdens könnten Sinnfragen eben nicht mit einer Steigerung des Konsums von Gegenständen, Urlauben, Beziehungen etc. beantwortet werden. Das für eine weniger konsumistische Einstellung notwendige Gefühl der Fülle ist nicht nur abhängig vom Vorhandensein einer materiellen Basissicherheit.

Das Zufriedenheitsgefühl des Einzelnen hängt ebenso von der Stellung innerhalb der Hierarchie einer Gesellschaft ab beziehungsweise von ihrer Hierarchieformigkeit. Je ungleicher sie ist, desto weniger kann sich ein Gefühl der Fülle einstellen, auf allen Hierarchiestufen. Pickett und Wilkinson (2010) fanden heraus: Je ungleicher Gesellschaften sind, desto geringer ist die Sparquote. Sie geben dafür eine einleuchtende Erklärung: Mit Waren und Dienstleistungen können die Menschen ihren Status anzeigen. Wer unten ist oder sich dort wähnt, kann ihn durch demonstrativen Konsum etwas erhöhen, auch wenn er es sich finanziell nicht leisten kann. Auch wer sich in der Mitte positioniert, versucht dies durch statusgemäße Ausstattung zu beweisen. Um mitzuhalten oder sogar zu zeigen, dass er eigentlich ein bisschen höher steht, ist er bereit, sich zu verschulden. Nach einer Untersuchung von Hemenway und Solnick (2005) würde die Hälfte der Befragten auf

fünfzig Prozent ihres Einkommens verzichten, wenn sie dafür mit anderen gleichgestellt wären.

Ungleichheit als Konsumtreiber ist keineswegs nur in ökonomischer Hinsicht zu verstehen. Wer sich in seinen sozialen Beziehungen, bei der Arbeit, in der Politik etc. unterdrückt sieht, wird dies eher durch Konsum kompensieren (wollen) als Zufriedenere: »Jetzt gönne *ich* mir auch mal etwas«. Menschen, die sich in ihren Zusammenhängen aufgehoben und gewürdigt fühlen, haben dies weniger nötig. Es ist nicht nur die Modernekultur der Verheißung maximaler Lebensausfüllung, die die Menschen nach möglichst viel Konsum von Gütern und Erlebnissen streben lässt³, sondern auch die Ungleichheit und Herrschaftsförmigkeit einer Gesellschaft.

Daraus folgt: Soll das Weniger-Konsumieren nicht nur für besondere Milieus attraktiv sein, muss die Gesellschaft weniger herrschaftsförmig werden. Ein genügsamerer Lebensstil, eine »Eleganz der Einfachheit« (Sachs) kann sich nur entwickeln auf der Basis freiheitlicher Lebensalltage. Wer sich in welcher Weise auch immer unterdrückt fühlt, ständig ein Gefühl der Knappheit empfindet und seine Arbeit als entfremdet wahrnimmt, wird sich nicht zu neuer Bescheidenheit überzeugen lassen. Zur Kompensation benötigt man vielmehr demonstrativen Status-Konsum, entschädigende Erlebniswelten und führt Aufholjagden. Ein BGE stärkt das ökonomische und das sozialpsychologische Gefühl der Gleichheit und reduziert damit den Konsum um dieses »Haben-Müssen« aufgrund der Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Stellung. Mit Grundeinkommen werden die Motive für erwerbsökonomische Aktivitäten der Menschen weniger überformt durch unsichere und hierarchische Verhältnisse. Wir können es daher auch als »Authentizitätspauschale« bezeichnen.

Nun kann eingewendet werden, dass auch bei Abwesenheit solcher Motivlagen authentischere Bedürfnisse nach mehr Konsum und mehr dafür nötige Erwerbsarbeit entstehen können – dass das BGE sich also entgegen der hier abgeleiteten Degrowth-Dynamik als Wachstumsimpuls herausstellt. In der Tat können wir dies nicht ausschließen. Ein solches Wachstum erfolgte dann aber auf der Basis erweiterter sozialer und ökonomischer Handlungsfreiheit. Postwachstumsgesellschaft meint genau dies: Die Abwesenheit von Wachstumszwängen und -drängen, die die Option auf eine Verkleinerung des ökonomischen Produkts ermöglicht, aber nicht erzwingt.

Die Finanzierung eines BGE wird durch die deproduktivistische Wirkung nicht angegriffen. Werden weniger Güter konsumiert und produziert, wird zwar das Steueraufkommen für das Grundeinkommen sinken. Sein Anteil an der Gesamtwertschöpfung aber und damit die soziale Wirkung kann konstant bleiben. Es werden zum Beispiel Regelungen vorgeschlagen, die Höhe der Auszahlung an die Entwicklung des BIP zu koppeln. Bei weniger Erwerbstätigkeit wird es dann weniger monetäres Grundeinkommen geben. Gleichzeitig vollzieht sich aber ein

³ So die Erklärung von Hartmut Rosa (Rosa 2012).

Wandel zu einer Kultur des Weniger und/oder zu unbezahlten Tätigkeiten, mehr Eigenarbeit, Gemeinschaftsarbeit etc.. Der Grad einer solchen Demonetarisierung von Arbeit kann nicht vorausgesagt werden, jedoch erlaubt ein Grundeinkommen hier eine große Bandbreite. Die soziale Sicherheit besteht aus einem monetarisierten und einem demonetarierten Anteil, deren Gewichte nicht im Voraus zu bestimmen sind und die im historischen Verlauf und regional variabel sein werden.

2 Lifestyles of Degrowth: Weisen des »Sein-Können«

Ein BGE reduziert nicht nur das »Haben-Müssen«, sondern fördert das »Sein-Können«. Fromm verstand unter der »Existenzweise des Seins« eine Lebensweise der Aktivität (»voller Freude« Fähigkeiten nutzen statt »Geschäftigkeit«), der Liebe (für jemanden sorgen statt ihn zu kontrollieren) und des »Werdens« (seine Persönlichkeit bilden statt von Ereignis zu Ereignis zu taumeln). Für solche Lebensorientierungen ist verfügbare Zeit die wichtigste Ressource. Angesichts ungeheurer Produktivitätsfortschritte müssten wir heute eigentlich viel mehr davon haben. Keynes erwartete für seine »Urenkel« die »wirtschaftlichen Möglichkeiten« einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden – endlich Platz für das freie Leben jenseits der Notwendigkeiten. Was also läuft falsch, wenn die meisten Menschen heute nach wie vor das Zwei- bis Dreifache für Erwerbsarbeit verbrauchen? Wie zeitgenössische Wachstums- und Beschleunigungstheoretiker(innen) darlegen, hindert uns zunehmend ein Übermaß an Produkten, Konsum und Ereignissen, sie für das, was wir für ein *gutes Leben* wichtig finden, einzusetzen: Etwa für entspannende und kreative Muße, freie Persönlichkeitsentfaltung oder echte Freundschaften (Skidelsky & Skidelsky 2010).

Niko Paech (2012) schlägt in seinem Modell der Postwachstumsökonomie eine Halbierung des (bezahlten) Konsums und der Erwerbsökonomie vor. Damit würde er der Keynes'schen Vision schon relativ nahe kommen – zumindest was die Erwerbsarbeitszeit angeht. Paech aber geht davon aus, dass die freiwerdenden 20 Stunden für Subsistenzpraktiken genutzt werden: Für die Organisation gemeinschaftlicher Nutzung, für Pflege und Reparatur sowie für Eigenproduktion. Damit würde jede(r) unabhängig(er) von der Industrieproduktion, von Markt- und Geldzwängen.

Aber welche neue Abhängigkeit von Gemeinschaften, von Netzwerken, handeln wir uns damit ein? Dabei ist von einer Degrowth-Perspektive aus gesehen mehr Subsistenz keineswegs zwingend. Das Weniger der Produktion kann auch schlicht durch weniger, aber nicht substituierte Erwerbstätigkeit realisiert werden. Zum Zeitwohlstand gehört wesentlich die Freiheit, die Art der Arbeit, die wir »wirklich« möchten, zu wählen. Das BGE erlaubt uns, unseren individuellen Mix aus Erwerbsarbeit, Bürger(innen)arbeit und Subsistenz zu wählen. Ich kann als Spezia-

list(in) erfüllt zwanzig Stunden in der Industrie arbeiten und ergänzend zehn Stunden subsistent und gemeinschaftlich tätig sein. Ich kann aber auch fünf Stunden die Woche irgendwo gegen Geld erwerbstätig sein und 30 Stunden in Gemeinschaft oder selber produzieren. Beides passt zum Ziel einer Postwachstumsökonomie, da der Output an Produkten und Dienstleistungen geringer wäre als der jetzige bei 40 Stunden Erwerbstätigkeit. Es wäre eine Postwachstumsökonomie, die mit der Pluralität der Lebensstile kompatibel ist, mehr noch: die diese Pluralität stärker ermöglicht.

In welcher Sphäre der Arbeit auch immer sich die Menschen als weniger entfremdet empfinden, die Wahlfreiheit des Grundeinkommens stärkt die Möglichkeit, mein Arbeitsleben in der »Existenzweise des Seins« (Fromm 1979) zu führen: »Voller Freude« meine Fähigkeiten nutzen – dies kann ich eher, wenn ich mich mit dem Produkt und seiner Produktion identifizieren kann. Alle frei gewählten (Work-)Lifestyles of Degrowth können so die Haben-Orientierung der reinen »Geschäftigkeit« abbauen. Mehr »Sein« in der Arbeit ist die Basis für die Realisierung unseres elementaren Bedürfnisses nach Resonanz: Nur wer durch frei gewählte Tätigkeiten Selbstwirksamkeitserfahrungen macht, kann auf dieser Identitätsgrundlage mit der dinglichen und sozialen Welt in einen inspirierenden Austausch treten (Rosa 2016) – eine Voraussetzung für einen Abbau der Haben-Orientierung, auch jenseits der Arbeit.

3 Steuern: Auf Umweltverbrauch statt noch mehr auf Arbeit

Mit einem Grundeinkommen sind verschiedene Lifestyle of Degrowth möglich – unter einer Bedingung: Das Grundeinkommen darf nicht zu neuen »Konsumparties« führen. Das ist eine häufige Kritik von grüner Seite, und in der Tat ist es prinzipiell *auch* möglich, dass durch Umverteilung nach unten dieser Effekt eintritt. In einer offenen Gesellschaft können wir nicht wissen, was genau die Leute unter Wohlstand verstehen werden.

Wir können eine solche Interpretation von Zeitsouveränität aber legitimerweise gesamtgesellschaftlich begrenzen (nicht individuell verbieten!), wenn wir Abgaben für problematische Umweltverbräuche erheben (z.B. für CO₂-Emissionen, knappe Ressourcen, Nitrateinträge, Fischfang etc.), um sie zu begrenzen beziehungsweise zu reduzieren und genau damit das BGE finanzieren – ganz oder teilweise. Ich nenne dies ein »Ökologisches Grundeinkommen«. Es kombiniert das »grüne« Ziel ökologischer Nachhaltigkeit mit dem »roten« Ziel mehr materieller und sozialer Gleichheit und dem liberalen Ziel erweiterter individueller Freiheit (Schachtschneider 2014). Mehr ökologische Ressourceneffizienz als erhoffter Erfolg »grüner« ökonomischer Steuerung gefährdet dabei keineswegs die Finanzierung eines

Grundeinkommens: Die Steuersätze auf problematische Ressourcennutzungen müssen nur kontinuierlich ansteigen. So bleibt der Anreiz zur Entwicklung weitergehender technischer und kultureller Alternativen dauerhaft erhalten und die finanzielle Basis des BGE gesichert.

Aber könnte es nicht sein, dass durch die Verteuerung natürlicher Ressourcen nur verstärkt »Ökologische Modernisierung« (Adler & Schachtschneider 2010) im Sinne von beschleunigter Entwicklung grüner Effizienz- und Konsistenztechnologien vorangetrieben wird: Ein grünes Wachstum bei gleich bleibender Haben-Orientierung, ein Green New Deal als Wachstumsspritze? Natürlich brauchen wir mehr grüne Technologien. Aber neben dem *anders* Konsumieren muss das *Weniger* leichter möglich werden – das ist der Ausgangspunkt für Postwachstumspolitik. Eine »grüne« Finanzierung des BGE fördert dies in besonderer Weise.

Die »Existenzweise des Seins« (Fromm) muss sich gerade auch in der Sphäre der Arbeit entwickeln können. Durch ein BGE kann der Anteil selbstorganisierter Bürger(innen)- und Gemeinschaftsarbeit, die schon per Definition weniger am Profit, am »Haben« ausgerichtet ist, steigen. Doch auch in der Erwerbsarbeit darf nicht weiterhin primär das Haben im Vordergrund stehen – diese Dualität in der subjektiven Grundorientierung wäre möglicherweise auf Dauer zu instabil. Mit der größeren Wahlfreiheit im Rücken können in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen jedoch auch in der Erwerbsarbeit Ansprüche ans Sein wie etwa Partizipation und Selbstverwirklichung gestellt werden. Damit deren Realisation allerdings nicht durch die wettbewerbsbedingte Zeitknappheit in der Erwerbsarbeitswelt erschwert wird, ist es nötig, das Verhältnis von Steuern auf Arbeits(zeit)einsatz und Ressourcenverwendung zugunsten letzterer zu verändern. Auch deswegen sollte das Grundeinkommen nicht vorwiegend aus Steuern auf Arbeit finanziert werden.

Die partizipative Entwicklung und Gestaltung von Produkt und Produktion, sozusagen deren soziale Qualität, ist zeitaufwändig. Das Gleiche gilt für die Erfüllung ökologischer Ansprüche, etwa die Verbesserung von Ressourcen- und Energiebilanzen. Dafür muss über vieles intensiver nachgedacht werden können und die Ausführung langsamer vonstatten gehen dürfen. Diejenigen Unternehmen, die auf soziale und ökologische Qualität Wert legen, werden höhere Arbeitskosten haben. Um ökonomisch gegen die Schnellen bestehen zu können, dürfen diese Mehr-Arbeitskosten weniger ins Gewicht fallen als die Einsparung an Ressourcenkosten, die sie durch ihre zeitaufwändige Gründlichkeit erreichen. Die energetisch gut überlegte und mit Muße ausgeführte Renovierung eines Gebäudes etwa (vgl. Fuhrhop in diesem Band) wird dann ökonomisch attraktiver als ein schneller »Pfusch« oder gar ein Neubau. Und ein täglicher Besuch mit einem persönlichen Gespräch im Rahmen sorgender Pflege (vgl. Lang & Wintergerst in diesem Band) fällt kostenmäßig weniger ins Gewicht als der Kauf eines automatischen Medikamenten-Dosiergerätes mit Fernüberwachung und computergeneriertem »Dialog«.

Langsamkeit, Partizipation und Qualität werden durch weniger Steuern auf Arbeit und mehr Steuern auf Ressourcen konkurrenzfähiger und damit auch die

Seins-Orientierung in der Sphäre der Erwerbsarbeit. Dafür gibt es durchaus ein Bedürfnis: Viele Beschäftigte klagen heute, dass ihnen aufgrund des Kostendrucks immer weniger Zeit bleibt, ihre eigentlichen beruflichen Fähigkeiten und Ansprüche in Ruhe umsetzen zu können.

Während eine Erhöhung der Arbeitskosten eher Arbeitsverdichtung und damit Beschleunigung zur Folge haben kann, lässt sich mit der Finanzierung des Grundeinkommens über Ökosteuern Entschleunigung und Partizipation, und damit wieder mehr Lebenswelt (Habermas) auch im ökonomischen System stützen. Allerdings wäre dieses keineswegs zwingend – vielmehr handelt es sich um eine sich neu ergebende Option. Die Entschleunigung von Transport oder Produktion durch die Verschiebung der finanziellen Gewichte von Zeit- zu Ressourcenkosten wird zwar ökonomisch günstiger, doch ebenso wird die Aufrechterhaltung oder weitere Steigerung des Tempos technischer Vorgänge möglich sein, sofern dies gewünscht wird. Wer schnell oder schneller irgendwo hingelangen möchte, kann dies weiterhin tun. Es muss ihm allerdings so wichtig sein, dass er bereit ist, dafür auch mehr zu bezahlen (so wie es jetzt mit den Bahnfahrer(inne)n ist, die aus Überzeugung mehr bezahlen, obwohl sie meistens langsamer vorwärts kommen als mit dem Auto oder Flugzeug). Wer mit schnelleren Maschinen oder Verfahren produzieren möchte, weil Kund(inn)en diese Schnelligkeit haben möchten, kann dies weiterhin tun – mit höheren Kosten. Zudem sind die langsamen Varianten auch mit Ökosteuern keineswegs immer günstiger. Wenn sie von den Produzent(inn)en als unangenehm empfunden werden, etwa das Ernten per Hand anstelle der Benutzung einer durch Ressourcensteuern teurer gewordenen Maschine, werden diese Arbeitsvarianten im Preis steigen. Das Grundeinkommen mit seiner Macht, »Nein« zu sagen, erlaubt es, dafür höhere Löhne zu fordern. Findet jemand die langsamere Variante allerdings authentischer, wird er bereit sein, dies auch für weniger Geld zu machen – und sie wird aufgrund der geringeren Kosten auch Abnehmer(innen) finden.

Dasselbe gilt für den »Ausstieg« aus der Effizienz eines rein geldgesteuerten Subsystems »Wirtschaft«, welches sich gegenüber sozialen Ansprüchen weitgehend verselbständigt bzw. »funktional differenziert« hat. Wem es wichtig ist, mit wenig Zeiteinsatz schnell Geld zu verdienen, kann dies weiterhin in einem ausschließlich auf hohe Arbeitsproduktivität orientierten und möglicherweise hoch hierarchisch organisierten Betrieb tun. Keiner ist gezwungen, in diskursiv-lebensweltlich integrierten Sphären seine Zeit zu verbringen. Ob sich Produktionen, sozialer Wandel oder Kulturen mehr oder weniger beschleunigen, hängt unter den freiheitlichen Wahlmöglichkeiten des BGE davon ab, als wie authentisch die Produzent(inn)en und Konsument(inn)en diese selber empfinden. Das ist Zeitwohlstand: Die Verfügung über mehr oder weniger Beschleunigung. Das Grundeinkommen ist ein Bremspedal, das benutzt werden kann. Eine »zeitbewusste Ökonomie« mit Respekt vor den »Eigenzeiten« von Mensch und Umwelt (Reheis in diesem Band) wird möglich.

4 Eine konkrete Utopie – der Weg zum Grundeinkommen ist möglich

Wer ist für ein BGE beziehungsweise wer könnte es sein? Das Grundeinkommen lässt sich nicht nur aus einer expliziten Degrowth-Orientierung heraus begründen, sondern aus unterschiedlichen politischen Denkrichtungen. Aus einer sozialdemokratischen oder sozialistischen Perspektive kann es als Umverteilung nach unten begrüßt werden. Wie auch immer es finanziert wird, Wohlhabende zahlen überdurchschnittlich viel Einkommenssteuer, Ökosteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Kapitalertragssteuer etc.. Aus liberaler Philosophie heraus erweitert es die Freiheit des Einzelnen. Die dann eingegangenen Verträge auf dem Markt verlieren ihren Zwangscharakter. Aus grüner Umweltperspektive ist insbesondere ein BGE mit Finanzierung über Öko-Abgaben zu begrüßen. Aus konservativer Orientierung heraus stärkt es zeitliche Ressourcen zur Aufrechterhaltung und Stärkung sozialer Institutionen wie Familie, Verein und Ehrenamt – das Grundeinkommen quasi als komunitäres Korrektiv zum reinen Wirtschaftsliberalismus.

Auch aus feministischer Perspektive kann ein BGE begründet werden: Es liefert ein günstiges materielles Umfeld für Emanzipation. Und ist das Grundeinkommen nicht viel näher an der Marx'schen Utopie einer freien Tätigkeitsgesellschaft als es die realsozialistischen Planwirtschaften je waren oder auch in partizipativeren Ausprägungen sein könnten? Bringt es uns nicht zu einer Gesellschaft, die es »möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden« (Marx & Engels 1956 [1846]). Leben mit Grundeinkommen drängt Kapitalmacht zurück – es ist weniger Kapitalismus.⁴

Allein aus (rechts)autoritärer Sicht kann es keine Zustimmung geben, denn das BGE bedeutet weniger Zwang zur Unterordnung unter scheinbar Unverrückbares wie Familie, Geschlechterrolle, räumliche und soziale Herkunft, den Arbeitsmarkt etc.. Das BGE ist das Gegenteil, die materielle Ermöglichung der modernen Idee selbstgewählter Lebensverhältnisse. Damit hat es ein großes Potenzial als Bestandteil einer »Politik der Hoffnung« (ISM 2016) gegen die erstarkende Rechte mit ihren auf einer »Politik der Angst« basierenden reaktionären Krisenantworten.

Ob solidarische, grüne, konservative, liberale Kulturen mit einem Grundeinkommen dominant werden, ob es zu Subsistenz oder zu weiterer Arbeitsteilung, zu Degrowth oder grünem Wachstum kommen wird, kann im Voraus nicht sicher

⁴ Ob eine Ökonomie mit existenzsicherndem Grundeinkommen, aber durchaus noch den Institutionen Unternehmen, Kapital und Markt, noch mit dem Begriff des »Kapitalismus« belegt werden kann, der ja eine Dominanz des Kapitals über die ganze Gesellschaft anzeigt, darüber lässt sich lange theoretisch und begrifflich streiten. Vielleicht sollten wir aber auch diese Einschätzung besser unseren Urenkel(inne)n überlassen.

bestimmt werden. Je nach Menschen- und Gesellschaftsbild gibt es hier unterschiedliche Erwartungen. Das BGE kann für alle diese potenziellen Entwicklungen ein Katalysator sein, weil es den Möglichkeitsraum dafür bereitstellt. Solidarische, grüne, konservative, liberale und eben auch suffiziente Kulturen beziehungsweise Degrowth werden tendenziell in dem Maße entstehen können, in dem sie *gewollt* werden.

Prinzipiell ist also ein hegemonialer sozialer Block aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen politischen Philosophien als Unterstützer für ein Grundeinkommen denkbar. Aus diesen Gründen gibt es heute schon eine starke Unterströmung für ein Grundeinkommen. In der Schweiz etwa stimmten im Juni 2016 ein Viertel der Stimmberechtigten dafür – aus unterschiedlichen Motiven. Eine repräsentative Befragung in Deutschland ergab eine im Mittel leichte Zustimmung – quer durch alle Bildungsgrade (Haigner et al. 2012)⁵. Diese Ergebnisse sind vorerst nur einzelne Schlaglichter, sie zeigen aber eines: Die Befürworter(innen) eines BGE stellen keine randständige Minderheit dar. Ein relevanter Teil der Gesellschaft ist für die Idee offen.

Bei den Parteien allerdings ist die Zustimmung deutlich geringer – es existiert absehbar keine politische Mehrheit zur Einführung eines BGE. Dazu ist der Sprung zu groß und das »neue Land« (Rio Reiser) zu unklar konturiert: Entsteht mehr oder weniger Wachstum unter der Bedingung eines freiheitlicheren Arbeitsmarktes und einer Zurückdrängung von Kapitalmacht? Wer macht noch die unangenehmen Arbeiten? Werden uns lieb gewordene Dinge dann sehr viel teurer oder überhaupt noch angeboten? Und kann das Gemeinwesen ausreichend Ressourcen generieren zur Aufrechterhaltung öffentlicher Infrastrukturen? Antworten auf diese Fragen können in der Tat ohne Grundeinkommenspraxen rein theoretisch nicht klar abgeleitet werden.

Deswegen gilt: Selbst wenn wir eine politische Mehrheit dafür hätten, können wir nicht auf ein »System-Hopping« des Sozialstaates setzen, bei dem irgendwann auf einmal (ab Montag früh ...) das existenzsichernde bedingungslose Grundeinkommen gilt. Die Wirkung eines derartig abrupt wirkenden sozio-ökonomischen Groß-Experiments am lebendigen Körper der Gesellschaft ist zu unberechenbar – sind doch das gesamte ökonomische Gefüge, die Preise, der Arbeitsmarkt, die Nachfrage und die Produktion plötzlich völlig neuen Bedingungen ausgesetzt. Die Angst von Politik und Bürger(inne)n vor einem Crash ist zu Recht vorhanden und wäre kaum überwindbar. Allenfalls in einer existenziell bedrohlichen Krisenlage oder einer Post-Katastrophensituation (z.B. nach einem (Bürger-)Krieg) ist ein derartig abrupter Neuanfang denkbar. Darauf sollten wir nicht hoffen.

⁵ Mittlere Zustimmung zum BGE (Skala von +4 bis -4): Ohne Schulabschluss 1,74; Grund-/Hauptschule 0,83; Mittlere Reife 0,64; Berufsausbildung im dualen System 0,40; FH, Uni, Promotion 0,32; Fachabitur, Abitur 0,27; Fachschulabschluss -0,16; Durchschnitt 0,62; n=2100.

Die Einführung dieses grundlegend neuen Rahmens für das Arbeiten, Leben und Wirtschaften muss daher schrittweise erfolgen. Dann bleibt ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse an veränderte Sozialstaatlichkeit, Preisrelationen, Warenangebote, Arbeitskulturen, Zeitstrukturen etc.. Die Einzelnen und die Gesellschaft können mit einem langsam steigenden Grundeinkommen in die Postwachstumsgesellschaft hineinwachsen. Eine sachte Einführung bedeutet nicht, dass dies immer im politischen Konsens gehen wird. Politische Zuspitzungen und Kämpfe um einen Einstieg, um entscheidende zweite, dritte, vierte Schritte werden angesichts der grundlegenden Neuerung dieser »nicht-reformistischen Reform« (Gorz), ihrer gesellschaftsverändernden Qualität, unumgänglich sein.

Aber wie bekommen wir eine politische Mehrheit für einen ersten Schritt? Grundlegend neue Paradigmen und Praxen lassen sich in der Regel nur über Prototypen und kleine Einstiegsprojekte etablieren. In Modellversuchen kann gezeigt werden, dass ein BGE positive Wirkungen hat. Die aktuell begonnenen oder geplanten Projekte (z.B. Niederlande, Finnland, Kanada) sind allerdings auf die Frage fokussiert, in wie weit Transferempfänger(innen) durch ein BGE besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Notwendig ist zum einen die Ausweitung der Pilotprojekte auf einen Empfänger(innen)kreis ohne Einschränkung, zum anderen die Ausweitung der Begleitforschung auf Fragen der Änderung des Lebensstils, des Konsumverhaltens, der Entschleunigung, des sozialen Lebens, der Zufriedenheit etc.: also auf Fragen der Postwachstumswirkung.

Ein weiterer Weg besteht darin, mit einer begrenzten Zahl von Menschen einfach loszulegen. So verlost das Sozialunternehmen »Mein Grundeinkommen« Grundeinkommen für ein Jahr, anmelden dafür kann sich jeder – ohne Gegenleistung. Auf der Webseite (Mein Grundeinkommen 2016) wird dokumentiert, wozu die Gewinner(innen) ihr BGE nutzen: Keine(r) legt sich übrigens auf die faule Haut ... Eine Weiterentwicklung dieser Idee einer BGE-Praxis in der Nische ist der Ansatz »Experimental Eco Euro Dividend«: Die freiwilligen Teilnehmer(innen) zahlen entsprechend ihres monatlichen ökologischen Fußabdrucks (dieser kann relativ einfach webbasiert bestimmt werden) eine Öko-Abgabe. Das Aufkommen wird als Grundeinkommen an alle zurückverteilt. Auf diese Weise kann die Idee eines Ökologischen Grundeinkommens sowohl von der Finanzierungs- als auch der Auszahlungsseite her real getestet werden. Idealerweise kann der Teilnehmerkreis wachsen bis hin zu einer »Parallelgesellschaft«. Es sind viele weitere Ansätze denkbar, mit einer *Coalition of the Willing* eine zunächst begrenzte BGE-Praxis in die Welt zu setzen, die zur Verbreitung der Idee als einer attraktiven und auch realistischen Alternative beiträgt.

Politische Fenster für eine allgemeine Einführung werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst nur für partielle Grundeinkommen, eine Auszahlung in nicht-existenzsichernder Höhe, öffnen. Damit kann erstmal das Prinzip der Bedingungslosigkeit einer Teilhabe aller an den Erträgen und dem Eigentum der Gesellschaft als solches ideologisch und politisch verankert werden. Mit einem

Ökologischen Grundeinkommen⁶ bzw. dem Prinzip »Eco-Tax and Share« etwa können wir auf verschiedenen territorialen Ebenen und bei verschiedenen Umweltmedien starten:

- In der Schweiz ist in minimaler Form der Anfang bereits gemacht: Die bestehende Lenkungsabgabe auf CO₂-emittierende Kraft- und Heizstoffe, die als Öko-Bonus (2016: 62 SF/Person) zurückerstattet wird, braucht nur ausgeweitet zu werden.
- Würde die bestehende »Ökosteuer« in Deutschland sukzessive so erhöht, dass die Endpreise für Strom und Brennstoffe um 50 Prozent steigen, könnte jedem ein Öko-Grundeinkommen oder ein Öko-Bonus von 1.000 Euro im Jahr ausgezahlt werden (Schachtschneider 2012).
- Werden alle in Europa anfallenden CO₂-Emissionen in einem revitalisierten EU-Emissionshandel (mit Verknappung der Zertifikate, wie von vielen Umweltverbänden gefordert) einbezogen, können bei einem Preis von 20 Euro pro Tonne jedem Europäer 200 Euro pro Jahr »Eco Euro Dividend« gezahlt werden.
- Wie es in Schweden und Dänemark Praxis ist, kann auch in Deutschland (auch regionsweise) eine Abgabe auf mineralische Dünger erhoben werden, um den Eintrag von Stickstoff und Phosphor auf ein akzeptables Niveau zu senken (er ist in Deutschland etwa um den Faktor zwei zu hoch) und damit die Versauerung und Eutrophierung von Gewässern zu bekämpfen.

Das alles ergibt noch nicht die Vollversion eines ganzen Grundeinkommens. Aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Auch kleine Reformen können bereits die Gewichte verschieben. Die Wachstumswänge und »Beschleunigungsmotoren« (Rosa) würden dadurch vielleicht zunächst etwas weniger wirksam. Ein aus Öko-Abgaben finanziertes Teil-Grundeinkommen eignet sich besonders zu einer solchen schrittweisen Einführung, da es langsam parallel zum bisherigen Gerüst sozialer Sicherung aufgebaut werden kann. Das empfindliche bestehende Gefüge aus Sozialabgaben und Transfers wird zunächst nicht angetastet, wenn Menschen eine zusätzliche bedingungslose Einnahmequelle haben. Ihre soziale Sicherheit wandelt sich aber langsam in Richtung Bedingungslosigkeit. So ist Sicherheit im Wandel möglich. Durch eine sukzessive Einführung bleibt zudem ausreichend Zeit für Anpassungsprozesse an veränderte Preisrelationen. Mit solchen kleinen Schritten in Richtung eines Ökologischen Grundeinkommens ließe sich zugleich die Ökosteuer endlich auf ein ambitionierteres Niveau heben – eine Allianz mit der zivilgesellschaftlichen und parteipolitischen Umweltbewegung, die eine Weiterentwicklung

⁶ Das Konzept des Ökologischen Grundeinkommens wird grundlegend dargelegt und hinsichtlich verschiedenster Einwände (etwa: Ökonomisierung von Umwelt, Individualisierung von Verantwortung, soziale Ungerechtigkeit) diskutiert in: Schachtschneider 2014.

dieses zentralen umweltpolitischen Steuerungsinstruments seit Langem einfordert, ist möglich (vgl. Ludewig in diesem Band).

Nichtsdestotrotz ist ein Grundeinkommen heute noch Zukunftsmusik und wird dies auch noch längere Zeit bleiben. Von einer reinen Idee unterscheidet sich das Grundeinkommen aber dadurch, dass es zentrale gesellschaftliche Probleme – die Krise sozialstaatlicher Sicherung angesichts abnehmender Erwerbsarbeit und die Übernutzung natürlicher und personaler Ressourcen – in einer freiheitlichen, die Moderne-Idee der Selbstbestimmung erweiternden Weise aufgreift: Die gedanklichen und auch institutionellen Ansätze für eine solche Entwicklungsrichtung sind in der jetzigen Gesellschaft vorhanden – der Weg zur Utopie ist konkret und möglich.

Literatur

Adler, F.; Schachtschneider, U. (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.

Forget, E. (2011): *The Town with no Poverty*. University of Manitoba.

Fromm, E. (1979): *Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft*. München.

Fromm, E. (1999): Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, in: Gesamtausgabe in zwölf Bänden, Band V, S.309-316. München 1999. Original (1966): *The Psychological Aspects of Guaranteed Income*, New York.

Haigner, S. et al. (2012): Ergebnisse der ersten repräsentativen Umfrage in Deutschland zum Bedingungslosen Grundeinkommen, in: Werner et al. (Hrsg.) 2012: *Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege*, Karlsruhe.

Hemenway, D.; Solnick, S. (2005): Are Positional Concerns Stronger in Some Domains Than in Others? *American Economic Review* 95(2), pp. 147-151.

ISM (Institut Solidarische Moderne) (2016): *Mit der Demokratie neu beginnen. Gegen die Politik der Angst, für eine Politik der Hoffnung!* [<https://www.solidarische-moderne.de>; 09.10.2016].

Marx, K.; Engels, F. (1958): *Die deutsche Ideologie [1846]*, in: MEW Band 3, Berlin/DDR.

Mein Grundeinkommen (2016): [<https://www.mein-grundeinkommen.de>; 09.10.2016].

Paech, N. (2012): *Befreiung vom Überfluss*, München.

Pickett, K.; Wilkinson, R. (2010): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin. Original: Pickett, K.; Wilkinson, R. (2009): *The Spirit Level. Why More Equal Societies Almost Do Better*. London.

Rosa, H. (2012): *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*, Frankfurt/M.

Rosa, H. (2016): *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin.

Schachtschneider, U. (2012): Wer gewinnt und wer verliert ... bei Verteilungswirkungen ökonomischer Instrumente der Energiewende? RLS-Studien, Berlin.

Schachtschneider, U. (2014): Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem Ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle, München.

Skidelsky, E.; Skidelsky, R. (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München. Original: Skidelsky, E.; Skidelsky, R. (2012): How much is enough? The Love of Money, and the Case for the Good Life, London.